

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

164 (19.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83849](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83849)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bischofszeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mk.; zweimonatlich 2.80 Mk., durch die Post frei ins Haus 3.08 Mk.; einmonatlich 1.40 Mk., durch die Post frei ins Haus 1.64 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeilzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restanzeige 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Wassermangel, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen anderer Verleger haben der Bezugsler und Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 164. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Nefta, Sonnabend, 19. Juli 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Karelmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Neue Wege in der Schulfrage.

Das Kompromiß in der Schulfrage zwischen den beiden Regierungsparteien liegt offensichtlich. Die Weiterberatung der Grundbesitzverfassung hat infolge dessen wieder aufgenommen werden können, und in Wäde wird auch das Schulkompromiß Gesetz sein. Ganz Unmöglich dieses Kompromißes, das in seiner ganzen Tragweite draußen im Lande kaum ganz bemerkt werden kann, wird in der parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches denkwürdig bleiben. Bisher war die Bekennnisschule die Regel und die vom Staate rechtlich sanktionierte Schulform. Dieser Zustand galt meistens religiös und kirchlich interessierten, als Selbstverständlichkeit. Diese wiegen sich infolge dessen zum Teil auch in einer gewissen Sicherheit und standen mehr oder minder los von den Bestrebungen gegenüber, welche der Schulfrage einen beträchtlichen Teil öffentlicher Arbeit im politischen und sozialen Leben schon seit Jahren widmen wollten. Dieser Jahrhundert alte Zustand hat jetzt sein Ende erreicht. Der Staat garantiert uns keine christliche und keine Bekennnisschule mehr. Die Schulform der Zukunft wird nach ganz neuen Gesichtspunkten geregelt werden. Man geht jetzt nicht mehr aus dem christlichen Charakter des Staates. Es ist überbaupt kirchlich, inwiefern er überhaupt noch besteht. Tatsächlich ist er noch in weitem Maße vorhanden, der Form nach aber nicht mehr. Die Überlieferungen von Jahrhunderten werden jetzt verlassen. In Zukunft soll die Schulform von der Entscheidung der Eltern und Erziehungsberechtigten in den einzelnen Gemeinden abhängig gemacht werden. Damit bekommen wir von selbst ein Mierel von Schulformen: die Simultanschule, die Bekennnisschulen der verschiedenen Konfessionen und daneben die völlig neue Form der weltlichen Schule im Sinne des Freireichertums und der Sozialdemokratie, und zwar werden diese Schulen alle den Charakter öffentlicher Schulen tragen. Gleichwohl bleibt für besondere Fälle, insbesondere im höheren Schulwesen und für kleinere Minderheiten, die Privatschule möglich. Diese verschiedenen Formen der Schule werden in großen Gemeinden nebeneinander bestehen, jede in dem Umfang, der dem Verhältnis der Abstimmenden entspricht. Kurzum, der Wille der Eltern ist in Zukunft für die Gestaltung unserer Schulwesens von ausschlaggebender Bedeutung.

Im gegenwärtigen Staat ist kein anderer Weg mehr gangbar. Man kann eben nicht an der Tatsache vorbei, daß die religiöse Scheidung und die Weltanschauung der Bürger immer unerschütterlicher geworden sind. Es sind zwei entgegengesetzte Entwicklungen festzustellen: eine stets wachsende Vereinheitlichung des Staates in seinen äußeren Formen in politischen Einrichtungen, auf der anderen Seite eine zunehmende Scheidung der Geister in Kulturfragen. Das tritt in der neuen Reichsverfassung in die Erscheinung und mußte auch in die Erscheinung treten. Auf dem Schulgebiete werden wir künftig ein Reichsgesetz haben, was wir bisher nicht hatten. Aber in dem Inhalt dieses Reichsgesetzes prägt sich die zunehmende kulturelle Scheidung der Geister aus. Wollte man bei dieser Sachlage nicht irgendwie einen Teil der Bevölkerung geistig vergemeinschaften, so mußte man bei der Verwirklichung der Schulform bleiben. Jede andere Lösung hätte eine geistige und weltliche Bewegung als Folge vieler Elemente und Kinder er bedeutet. Die Aufrechterhaltung der alten Zustände wäre von der Linken als Vergewaltigung empfunden worden, die kulturelle Einheitschule hätte religiös und kirchlich gerichtete Volksschule über sich ebenfalls mit Recht als Vergewaltigung empfunden und deshalb abgelehnt. Das Zentrum hätte seine höchsten Prinzipien verlassen müssen, wenn es dem hätte zustimmen wollen. Das war selbstverständlich von vornherein völlig ausgeschlossen. Darüber hat auch in keinem Stadium der vorbereitenden Verhandlungen irgend ein Zweifel bestanden. Man konnte sich auch nicht etwa auf eine einheitliche reine Bildungsschule zurückziehen; denn Bildung und Erziehung sind nun einmal bei der Jugend nicht von einander zu trennen, am allerwenigsten in der Volksschule, die die jüngsten Jahrgänge aufweist. Es ist daher verständlich, daß gerade hier auf dem Gebiete der Volksschule das Problem doppelt brennend war. Die christlichen Volksteile werden mit einer gewissen Betrübnis dieses Ergebnis der Kompromißverhandlungen zur Kenntnis nehmen. Ihren Idealen entspricht es nicht. Diese sind und bleiben auf den christlichen Staat und damit auf die christliche Schule gerichtet. Worin liegt ein großes Entgegenkommen,

daß auf der Rechten gemacht worden ist. Umgekehrt hat aber auch die Linke ihre Schulideale nicht verwirklichen können und dürfen. Auch sie muß sich mit dem Bestimmungsgesetz der Eltern begnügen und kann ihre religionslose Schule nicht zur allgemeinen Staats- und Gemeindefschule machen. Die Folge davon wird sein, daß man mehr die Eltern aus ihrer Ansicht ermahnen, leider vielfach vorhandenen Gleichgültigkeit gegenüber der Schule erwachen müssen. Vielleicht nicht etwa zu einem neuen Schulkampf in dem Sinne, wie man ihn bisher erwartet hatte und wie er in letzter Zeit schon anhub. (Vergleiche Sachfen) Dieser Schulkampf, dessen Ziel auf der einen Seite die Vergewaltigung der religiösen Erziehung, auf der anderen Seite die Abwehr derselben war, ist, Gott sei Dank, durch die neueste Entwicklung glücklich verhindert und damit dem Deutschen Reich und dem deutschen Volke über eine große und gemeinnützige Krise in kurzer Zeit hinweggeholfen worden.

Darin besteht der nicht hochzuführende Wert des neuen Schulkompromisses, daß das deutsche Volk vor solem, vielleicht jahrzehntelangen Schulkampf bewahrt worden ist. Das neue Deutschland würde sonst mit einem gewaltigen Schulkampf begonnen haben, der noch nachhaltiger und zerstörender gemirkt haben würde, als der Kulturkampf an der Schwelle des alten Deutschland. An die Stelle eines solchen Kampfes tritt nunmehr die positive Interessierung und Arbeit aus dem letzten Eiferparagrafen für die Schule. Die Einschulung der Kinder vollzieht sich nicht mehr wie früher von selbst, sondern in jedem Falle werden nachstehende die Eltern Stellung nehmen müssen zu der wichtigen Erziehungsaufgabe ihrer Kinder durch die Schule. Es wird einen positiven Wetteifer geben in den Leistungen der verschiedenen Schulklassen. Es wird die große Probe gemacht werden auf den Wert der religiösen Erziehung auf der einen Seite. Es wird sich insbesondere nunmehr auch zeigen, inwiefern die bissheren Wähler der Einigen dem Schulprogramm des Radikalismus folgen, da es bisher noch keine praktische Oeffalt angenommen hatte. Insofern wird auch das politische Leben von einer neuen Regelung der Schulfragen stark beeinflusst werden. Nachdem nun jeder Teil sein Recht vor dem Gesetz bekommen hat, ist ein Schritt vor dem Zukunft die heftigste Schärfe genommen. Der Kampf kann und muß mit geistigen Waffen, nicht mit politischen Machtmitteln geführt werden. Wir Katholiken haben uns in unserer Schulorganisation, in der alten sowohl wie in der neuen, zum Teil an den Volksschulen übertragenen Form das Mittel geschaffen, diese aufbauende Arbeit im Dienste des christlichen Ideals für Familie und Volk, für Vaterland und Kirche zu leisten.

Deutschlands Friedenswille und der Vatikan.

Geheimnisvolle Andeutungen läßt sich die „Deutsche Zeitung“ von ihrem Wiener Vertreter berichten. Unter der Überschrift „Erzberger in Wien“ berichtet der „Deutsche Zeitung“ über die Wiener Besprechungen mit der ersten und wichtigsten Mene des Historikers allerlei Klaffs ohne jede tatsächliche Grundlage. Der Mangel an Tatsachen soll den abzunehmenden Feiern geschickt verdeckt werden durch eine Fülle von Namen hochstehender Persönlichkeiten. Da treten auf: Wittelsbacher Hofkreise, ferner der päpstliche Nuntius in Wien, der Reichskanzler Prinz Max von Baden, der Feldmarschall Konrad von Hörsing, die Herzogin von Parma, die Kaiserin Jita von Oesterreich und deren Bruder, der Kaiser Karl von Oesterreich-Ungarn, der Fürst Lobkowitz, der Graf Polzer-Hoditz, der Ministerpräsident Kammlach und — zum sensationellen Abschluß — der Marschall Foch.

Alle diese Begeben aber sieben nur dumpf darüber und bekunden gar nichts. Aber sie können ausfragen, wenn man sie fragt! Oder sie sollen dieses und jenes gesagt haben, oder sie sollen durchschauen? Was denn? Nicht mehr und nicht weniger — und hier beginnt der Klaffs gefährlich zu werden für die bis hier notwendige Einheitschule der deutschen Volksschule —, also daß die Bewegung für einen maßvollen Frieden, welche in dem Friedensangebot der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 ihren ersten mächtigen Ausdruck fand, von Erzberger, und zwar angeblich auf Anstiften des Vatikans, nur zu dem Zweck ins Leben gerufen worden ist, um das „pro-

fanische“ deutsche Kaiserium ins Verderben zu stürzen. Da wird es uns ernste Pflicht, mit einem energischen „Salk!“ dazwischen zu fahren. Denn hier sind wir einer bösen Ausfaat auf der Spur, die in den anfahmwilligen Herzen der Anhänger der „Deutschen Zeitung“ wild emporstiehet und giftige Früchte tragen wird. Darum dürfen wir es nicht dabei bewenden lassen, diese ungeheure Verleumdung mit der ganzen Empörung zurück zu weisen, welche sie verdient, sondern wir müssen, wenn es im Rahmen eines Artikels auch nur ganz kurz und unvollkommen geschehen kann, mit ein paar Worten auf den einfachen, klar zugange liegenden Tatbestand hinweisen.

Als Seine Heiligkeit Papst Benedikt XV. zum ersten Male als Heiliger Vater zur Menschheit sprach, im November 1914, besand sich Deutschland und mit ihm das „profanische“ Kaiserium in einer machtvollen Stellung. Die Entente hatte noch gar nicht angefangen, ihre unerschöpflichen Mittel des militärischen, politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kampfes voll zu entfalten. Wenn damals ein Frieden zustande gekommen wäre, hätte er kaum irgendeinen nennenswerten Verlust für das „profanische“ deutsche Kaiserium“ bedeuten können. Trotzdem war es eine der ersten Taten des Papstes Benedikt XV., daß er bereits im November 1914 sein erstes Friedensmanifest an die gesamte Menschheit erließ. Geißler hat er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um immer wieder den Krieg zu verdammen, das Untertogieren zu beklagen, sein Mitleid mit den Opfern des Krieges in allen Ländern zu bekunden und allen Völkern ins Gewissen zu reden, um endlich der Stimme der Menschlichkeit und der Menschensliebe Gehör zu schenken und den Gottesfrieden auf Erden wieder herzustellen. Sein päpstliches Konklitorium wurde gehalten, ohne das eindringliche Friedenswort des Papstes die Menschheit zur Einkehr und Umkehr mahnten.

Unvergesslich dürfte es sein, daß die Resolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes vor aller Welt aussprach, wenige Tage später, am 1. August 1917, eine neuerliche Friedensbotschaft Benedikt XV. erschien. Nun gibt sich aber der Gewährsmann der Deutschen Anzeigzeitung den Anschein, als ob er auch nicht an die Aufrichtigkeit der Friedensresolution des Reichstages glaube. Hier treffen wir auf ein von uns bereits zu wiederholten Malen gekennzeichnetes Manöver.

Wie ist die Friedensresolution des Reichstages zustande gekommen? Auf Grund von drei Tatsachen: Die erste war die durch persönliche Beobachtungen gewonnene Überzeugung des Abgeordneten Erzberger, daß die physische und geistige Widerstandskraft der österröisch-ungarischen Bundesgenossen den übermenschlichen Anstrengungen des Krieges, namentlich des Hungers, nicht mehr auf Jahre hinaus standhalten könne.

Die zweite Tatsache war der völlige Fehlschlag und die nicht ganz mannschaftlichen Berechnungen und Voraussetzungen über die Wirkungen des 11-Bohrkrieges.

Die dritte Tatsache war die Möglichkeit, daß nach dem Sturz des Jaxismus die demokratische Regierung in Aufbruch die Friedenssehnsucht des russischen Volkes erfüllen und die ihm von dem Ausland gegenüber nur streichen Deutschland dargereichte Hand nicht zurückweisen würde.

Alle drei Tatsachen hatten in dem Abgeordneten Erzberger den Entschluß geweckt, daß gehandelt werden müsse, so lange noch Zeit sei, um dem Deutschen Reich als Abschluß seines Verteidigungskrieges einen ehrenvollen Frieden zu sichern. Diese Einsicht und Absicht ist die einzige Grundlage der Friedensresolution gewesen. Hätten sich Regierung und Oberste Seeresleistung ohne Vorbehalt und nicht „wie es ausfällt“, hinter die Friedensentschließung des Reichstages gestellt, wäre durch das demokratische Entwicklung Deutschlands nicht Miertraut gemeldet und im Ausland der schlimme Eindruck hervorgerufen worden, als sei Deutschland im Grunde mit einem maßvollen Frieden nicht ernst, so hätte das deutsche Volk nicht durch die Schmach und die Armut hindurch wandeln müssen, die später sein Schicksal geworden sind.

Jedenfalls hat sich Benedikt XV. von allen Zweifeln an der Aufrichtigkeit des deutschen Volkes freigehalten. Er hat sofort den guten Willen des Reichstages genügt und hat keinerlei ebenfalls noch im rechten Augenblick durch

seine Kundgebung, die bekannte Papstnote, deren Verantwortung durch den deutschen Reichstag bald neuen Anlauf bot, um auch durch Einzelheiten den deutschen Friedenswillen zu bekräftigen, dem Friedensgedanken die höchste moralische Förderung zu geben.

Wenn auch Benedikt XV. damals wie vorher und später auf das Gemessenhafteste innerhalb der Grenzen der Neutralität geblieben ist, so gehört doch schon ein ungewöhnliches Maß von Besonnenheit dazu, die hochberühmte Zustimmung des Papstes zu dem durch den Reichstag proklamierten Friedenswillen des deutschen Volkes als gegen das Deutsche Reich und gegen das deutsche Kaiserium gerichtet hinzunehmen.

Niemand kann vom katholischen Kirche, von welcher Millionen Gläubige den Völkern der Entente angehören, seine Friedensliebe ansichtlichlich zugunsten Deutschlands hätte bestätigen, mit anderen Worten die Neutralität hätte aufgeben sollen. Der Heilige Vater verkörpert den Frieden auf Erden nicht zum Nutzen eines einzelnen Volkes, sondern zum Heile der gesamten Menschheit. Es heißt die ehrwürdige Person des Heiligen Vaters und sein göttliches Amt herabwürdigend, wenn man, nur gestützt auf allerlei unkontrollierbare Gerüchte, die klaren Tatsachen zu verdunkeln sucht, um dem katholischen Gedankens im deutschen Volke und seinen Vertretern in der deutschen Regierung zu schaden.

Der Landarbeiterstreik

Preussische Landesversammlung.

c. Berlin, 17. Juli. Das Gesetz zur Wäderung des Warenhaussteuergesetzes wird angenommen. Ein Antrag, der die Regierung ersucht, unerschütterlich einen Bestenpunkt vorzuziehen, der die Forderungen für Beamte und Arbeiter in den bedrohten Grenzgebieten regelt, wird angenommen. Es folgen die förmlichen Anfragen von Reises (Dtsch.-natl.) über den

Landarbeiterstreik.

Der Sozialdemokraten über die Maßregelung organisierter Landarbeiter und der Unabhängigen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Abg. Koch (Dtsch.-natl.). Der Landarbeiterstreik hat schnell um sich gegriffen und droht sich auf eine Nachprobende auszuweiten. Nach dem Niederbruch von Handel und Industrie ist uns die Landwirtschaft als die einzige Stütze unseres Wirtschaftslebens verblieben. Wir haben sie so nötig wie das tägliche Brot. Ein Streik von 14 Tagen vernichtet die Ernte. Die Regierung muß entscheiden gegen die spartanische Hege vorgehen.

Abg. Schmidt (Soz.). Die ganze Hege kommt vom pommerschen Land und von dem Heide Land und sucht eine Verbindung systematisch zu hinterziehen. Die Landarbeiter werden ausgenutzt zur Erreichung politischer Ziele. Aber die alten Zeiten sind vorbei. Auch der Landarbeiter hat Anspruch auf gute Bezahlung.

Abg. Meerschhof (U. S.). Die schlimmsten Wucherer und Schieber ergeben sich in den lautesten Tönen über den bolschewistischen Terror, um sich ihr schmutziges Geschäft so wenig wie möglich flären zu lassen.

Landwirtschaftsminister Braun: Im ganzen Lande fragt man sich: Wie hat es in Pommern so weit kommen können, und was haben Landräte, Präsidenten und Oberpräsidenten dazu getan, um den Streik zu verhindern? Einzelne Landräte haben richtig gehandelt. Sie haben versucht, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermitteln und haben Tarifverträge geschlossen. An diesen Beizten sind keine Streiks ausgebrochen, aber in den anderen Bezirken, die unter dem Einfluß des pommerschen Landbundes stehen, sind Streiks ausgebrochen. Das Treiben dieses pommerschen Landbundes ist im höchsten Grade gemeingefährlich und führt zu den härtesten Konsequenzen, dem Kommunismus. (Großer Lärm auf der Rechten.) Das ist der Hauptgrund für die augenblicklichen Streiks. Meine Herren, wie es um die Moral derjenigen Streiks bestellt ist, die hier einbrechen, auf ein bolschewistisches Prinzip machen zu können, (Großer Lärm) wird schon die Tatsache beweisen, daß einer meiner Kommissare durch selbstgeschaffene Lebenswichtigkeiten, wie Einlabung zur Raad, zur Verlegung der Pflicht veranlaßt worden ist. Einer meiner Kommissare hat mir geschrieben, und ich habe keine Veranlassung, an der Wahrheit seiner Worte zu zweifeln. „Man verdammt mich auf alle mögliche Weise von meiner Pflicht abzubringen, durch Beschuldigungen und Verleumdungen.“ (Rufe: Ihui Leuzel noch mal! Unerschützt be weise!) Was ich sage, bin ich in der Lage zu beweisen. Es ist unerhörte, es zu hinzustellen, als ob ich hier Beschuldigungen aufstelle, die ich nicht zu

Wemeln vermag. (Großer Mann. Glode des Präsidiums.) Nun komme ich zu der unerhörten Verleumdung des Herrn v. D. O. N. über Dr. Grimm, die er öffentlich fortgesetzt hat. Da nach soll Grimm den Streit geführt haben. Das Gegenteil ist wahr. Die Sache verläuft folgendermaßen: Es war zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf dem Lande im Osten charakterisiert. Als der Fehlgriß dieses Vertrages allen klar war, wandte man sich an die Regierung, und diese befiel die Aufnahme der Regierungsrat Dr. Grimm dazu, einen Ausgleich zu schaffen. Dieses ist ihm auch gelungen, wenn auch nach großer Schwierigkeit. Sie haben über die Tätigkeit des Dr. Grimm Anerkennungs schreiben aus ganz Rommern, nur keine von solchen Kreisen, die unter dem Einfluß des pommerischen Landbundes stehen. Meine Herren, wir wollen nicht Unordnung, sondern Ruhe schaffen.

Darauf ergriß Herr v. D. O. N. (Dissident) das Wort. Nachdem er einen Brief verlesen und dadurch bewiesen hat, daß seine Behauptungen gegen Dr. Grimm auf Tatsachen beruhen, fuhr er die Aufspaltung der deutsch-nationalen Volkspartei dahin zusammen, daß sie den Landarbeitern auf das wohlwollendste gegenüberstehe und gegen Tarifverträge nicht das geringste einzuwenden hätte.

Abg. Schauer (Soz.): Die pommerische Landwirtschaftskammer hat sich in der Tat in den Dienst des Landbundes gestellt. Der Landbund wurde im März 1919 gegründet und ist eine Fortsetzung des pommerischen Bauernbundes, der vor dem Kriege viele Arbeiter ins Gefängnis gebracht hat.

Kriegsminister Reinhardt: In Rommern ist, unabhängig von den jetzigen Vorgängen, der Belagerungszustand in Settin, Randow und Greifenhagen. Das Ministerium hat gestern beraten und beschlossen, zwei Kommissare nach Rommern zu schicken, die eben abgereist sind, um an Ort und Stelle und gemeinsam mit den freitenden Parteien die Lage zu prüfen. Sie sind beauftragt worden, ohne weitere Rücksicht an Ort und Stelle alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Abg. Sauer mann (Zentrum): Wenn in Rommern bei der Landwirtschaft Mißstände herrschen, wenn man kein Verständnis hat für die Organisations- und sonstigen berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft, so darf das nicht verallgemeinert werden. In anderen Provinzen ist bei der Landwirtschaft dieses Verständnis vorhanden. Sie kommt mit ihren Arbeitern aus. Wir haben den Mut, auch der Landarbeiterschaft zu sagen, daß Streiks in der Erntezeit, in der Zeit der Feldbestellung nicht nur verwerflich, sondern ein Verbrechen am ganzen Volke sind. Für die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Landwirtschaft heute arbeitet, hat das Zentrum volles Verständnis. Wir wollen ihr helfen, soweit das möglich ist. Mögen aber beide Teile sich der Tatsache bewußt bleiben, daß jede Störung des landwirtschaftlichen Betriebes die schwerste Schädigung des ganzen deutschen Volkes nach sich zieht.

Minister Braun wendet sich gegen den Abg. von der Ostsee und nimmt seiner Regierungstommtar Grimm in Schutz.

Abg. Wefermann (Demokrat) hält ebenfalls Landarbeiterschaft für notwendig.

Nächste Sitzung heute abend 9 Uhr.

Dresselmann zur Rede Brauns.

WTB Berlin, 18. Juli. (Drabth.) Der „Vorwärts“ schreibt: Die Rede des Landwirtschaftsministers war die Tat, auf die wir seit Ausbruch der Revolution gewartet haben. Wir begrüßen die rücksichtslose Offenheit, mit der der Genosse Bauer das Kräfteverhältnis bezeugt hat.

Die „Post“ sagt: „findet, daß der Landwirtschaftsminister seinen besonders glücklichen Tag hatte, und durch die Art seines Auftretens die Rechte nach und nach zu immer heftigeren Widerstand und zugleich zu heftigen Protesten reizte.“

Die „D. Ztg.“ sagt: die Landwirtschaft weiß auch, woran sie ist. Die Erkenntnis der Anteilnahme ihres Reichsministers, dem sein Parteistimmerecht voransteht, hat sie überzeugt, daß sie, solange dieser Mann und diese Regierung am Ruder ist, auf sich selbst gestellt ist.

Die Streikfrage in Pommern.

WTB Berlin, 18. Juli. (Drabth.) Die Lage in Settin war bis gestern abend unverändert. Der Zugverkehr von Berlin nach Settin und zurück ist seine Unterbrechung. Der Settiner Fernverkehr wurde von den Beamten und Lokomotivführern aufrecht erhalten.

WTB Berlin, 18. Juli. (Drabth.) Wie dem L. A. aus Strauß mitgeteilt wird, ist gestern nachmittags zwei zweifelhafte Verhandlungen ein neuer Landarbeitertarif unter beiderseitigem Gegenseitigen abgeschlossen worden.

WTB Berlin, 18. Juli. (Drabth.) Wie verschiedene Blätter aus Strauß berichtet wird, scheint man jetzt auf dem Lande das notwendige Material zusammenzubringen, um benehmen zu können, daß der Landarbeitertarif auf eine neuorganisierte Organisation zurückzuführen ist. Bezeichnend ist die Nachricht der Blätter, die aus Weimar erfahren haben wollen, daß man darauf hinberuht, zum 4. August einen allgemeinen Landarbeitertarif in Deutschland herauszugeben.

Rußland.

Zur Lage in Rußland.

Die Entente plant einen neuen großen Schlag gegen die Bolschewisten. In den baltischen Provinzen fand in diesen Tagen eine Konferenz statt, in der ein genauer Plan gegen die bolschewistische Nordarmee festgelegt werden ist. Die antibolschewistischen Truppen erhalten wieder die Verbindungen und Kriegsmaterial.

Der Heerführer Kolljatski soll nach einem bolschewistischen Heeresbericht eine entscheidende Niederlage erlitten haben. — Nach einem Timestelegramm wurde bei der Einnahme von Jaroslaw an der Wolga die ganze bolschewistische Garnison, bestehend aus 7 Divisionen, gefangen oder getötet.

Amerika.

Amerika und der Friedensvertrag.

Ueber Lansing's Rücktritt von seinem Posten als Staatssekretär des Außenministeriums schreibt der „New York Tribune“, daß dies die Folge seiner Mißstimmung über die Arbeiten der Friedenskonferenz und deren Ergebnisse wäre.

Lansing und General Vliß haben an Wilson einen Protest gegen die Jumeilung Schandens gegen Japan gerichtet. Senator Borah hat im Senat den Antrag eingebracht, Wilson zu ersuchen, diesen Protest dem Senat vorzulegen.

Die bekannte amerikanische „Welt-Zeitung“ „The World“ hat heute die Stimmung unter den führenden Parteien der Vereinigten Staaten wiedergegeben, greift in einem Leitartikel die Politik Clemenceaus und Dignons aufs heftigste an. Sie schreibt, die französischen Imperialisten suchen jetzt, nachdem Deutschland darniederliegt, die Pläne Richelieus und Ludwigs XIV. zu verwirklichen. Dabei fügt man sich nicht auf die Volksmehrheit, sondern nur auf eine kleine Kapitalistengruppe. Frankreich unterliege in den kleinen Staaten die reaktionären Parteien und unterdrücke das Aufkommen der Demokratie. Es sei offensichtlich, daß es Frankreichs Bestreben sei, die Führung mit Clemenceau zu erhalten; dabei spiele Dignon jetzt die Rolle Richelieus, aber dieser sei ein idealer Staatsmann gewesen, während Dignon nur ein armer Tropf sei. Das amerikanische Volk prognostiziert das baldige Ende der Regierung, die wie keine andere Regierung zuvor die Infamie des Sabels auf sich laden wollte.

„Daily News“ meldet aus New York: Der Senatsausschuß verwarf die beantragte Annahme des Wilsonschen Friedensvertrages am 14. Tage. Es ist ein Antrag eingegangen, der im Gegensatz zu den Feststellungen des Friedensvertrages die Einsetzung einer Senatskommission zur Ermittlung der Schuldfrage am Kriege verlangt.

Verchiedene Nachrichten.

Zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

WTB Weimar, 15. Juli. Ueber die Vorbereitungen zur Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führte der Abg. Stüden, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, in den Räumen der Nationalversammlung in Weimar heute in einem längeren Vortrage folgendes aus: Die Rücktransporte von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher, abgesehen von einem kleinen Transport der im Saargebiet beheimateten Gefangenen, nicht stattgefunden. — In den Händen der Franzosen befinden sich 340 000, in den Händen der Engländer 195 000 und in denen Amerikas 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegsgefangene und 30 000 Zivilgefangene. Die schlimmste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von Seiten der Franzosen zuteil geworden. Im übrigen sind die Klagen gering. Durch die private Opfermühe sind bisher 10 Millionen Mark an Spenden für Kriegsgefangene eingegangen. 150 Millionen hat die Reichsregierung zunächst zur Verfügung gestellt. Jeder Gefangene soll bei Bedürftigkeit bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 M. bekommen, mit Ausnahme von denjenigen, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, also der Ueberläufer. Diese Beihilfe kann in besonders gearteten Fällen bis auf 600 M. erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 M. aufzuehlt. Der Redner schilderte weiter die ausgeschiedene Organisation, die zum Empfang der Kriegsgefangenen in der Heimat bereit ist. Bei der Entlassung soll jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 M. und die Beihilfe für fünf Wochen erhalten, so daß er annähernd einen Betrag von 300 Mark bekommt. Ein Teil der Gefangenen wird über die Schweiz, ein anderer über Holland kommen. Die Neutralen haben sich um die Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen stets verdient gemacht. Eine ähnliche Verfügung wie für die Kriegsgefangenen wird auch den deutschen Rückwanderern zugestimmt werden. Die Reichsregierung wird alles tun, um den Rücktransport zu beschleunigen.

Kleine Nachrichten.

Die neue Herausgabe der Postkarte soll am 1. Oktober in Kraft treten und 427 Millionen Mark Mehreinnahme erbringen.

Die Blockade gegen Ungarn bleibt nach einer Mitteilung Bonar Laws im englischen Unterhause aufrechterhalten.

An Stelle der Zehnhöchststeuer beantragen die sozialdemokratischen Mitglieder der 3. Steuerkommission der Nationalversammlung die Monopolisierung der Zehnhöchstindustrie treten zu lassen.

Der Streit der Landarbeiter im Kreise Bielefeld ist durch beiderseitiges Entgegenkommen erledigt. Eine Volksabstimmung soll am 8. Oktober 1919 stattfinden.

Die Entente-Kommission zur Untersuchung der Vorgänge in Summe ist dort eingetroffen.

Für den ersten französischen Sergeanten Paul Raubert fordert Marschall Foch die sofortige Zahlung von 100 000 Frs. Schadenersatz. Außerdem hat Foch eine Strafe von 1 Million Frs. verhängt.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert zum Anschluß an die von den Ententemächten geplante Demonstration auf, am 21. Juli zu einem Demonstrationstreffen der Sozialdemokraten Europas zu gelangen.

Eine Sparsparkei in Dortmund, die trotz des Belagerungszustandes eintreten war, wurde von Sicherheitsmannschaften gesperrt. Die Anwesenden wurden verhaftet.

Sämtliche Zeitungen sparsparkei, kommunisier und bolschewistischer Art in den Bezirken, wo der Belagerungszustand verhängt wurde, sind nach einer Bestimmung des Generalkommandos Münster zu beschlagnahmen.

Die Entente verlangt in Kürze die Auslieferung des Leutnants Simon, der die Verbrennung der französischen Fahnen in Berlin veranlaßte.

Marschall Foch wird am Sonntagabend dem Siegeszug in London teilnehmen.

Das Gerücht über die Ermordung Clemenceaus beschäftigt sich nicht.

Der Zollverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird nach im Laufe dieses Monats wieder aufgenommen werden, vorläufig mit holländischen und spanischen Postampfern.

Bei der Pariser Siegesfeier kam es nach indirekten Meldungen aus Paris zu schweren Zusammenstößen. Die Zahl der Opfer wird auf etwa 100 geschätzt.

Deutsches Reich.

Erzberger geht um jeden Preis.

Die Deutsche Tageszeitung (Nr. 339) vom 14. Juli setzt ein Pariser Telegramm der Neuen Züricher Zeitung, welches eine angebliche „Entscheidung“ auf Seite der Entente gegenüber Deutschland mittelst, in Verbindung mit dem Reichsminister Erzberger. Demgegenüber wird von zutreffender Seite festgestellt: Die Neuen Züricher Zeitung „steht seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen zu Erzberger und seinen Kreisen“, ist ebenso unwahr wie die unerhörte Unterstellung, der Reichsminister Erzberger habe „unter Täuschung der deutschen Bevölkerung, ja der eigenen Partei, die Widerstände gegen die Unterzeichnung des Friedens umgangen und hintergangen“.

Die Vermögensabgabe, die Großkapitalisten und die Deutschnationalen.

Seitdem die deutsch-nationale Volkspartei auf ihrer Tagung beschloß, hat in Opposition zum gegenwärtigen Reichskabinett zu treten, erfolgen täglich zahlreiche Angriffe aller Art gegen die Finanzpolitik der Regierung. Die Deutschnationalen verurteilen, in scharfem Widerspruch zur Mehrheit, den Reichsfinanzminister, weil er unerschrocken und ohne sich verbläuen zu lassen, an die Vermögensabgabe und die Kriegsgewinnsteuer herangeht, zu verächtlichen durch das Schlagwort von der Begründung des Großkapitals. Sie weisen ganz genau, daß das Großkapital durch die Vermögensabgabe am schwersten getroffen wird. Gerade deshalb wollen sie die Steuerpläne des Reichsfinanzministers unbeliebt machen und zu Fall bringen, dann wären sie und die Besitzenden, die mit ihnen gehen, gerettet. Wer aber sind die Haupttruster im Streit der Deutschnationalen gegen die angebliche Begründung des Großkapitals? Es sind der Bankdirektor Dr. Dr. Helfferich und der Abgeordnete Dr. Kappeler, der führende Generaldirektor der Krupp'schen Werke. Die Herren verstehen die Interessen des Großkapitals. Aber auch ihr alljährlicher deutsch-nationaler Aufmacher Versuch, dem Zugriff der Vermögensabgabe zu entkommen, wird zu scheitern.

Ueberlassung von Heeresgut.

Vielach an das Generalkommando gerichtete Anträge und Anfragen auf Ueberlassung von zur Verwertung freigegebenen Heeresgütern z. B. Fahrzeugen, Maschinen, Pferdebeschlagnahmen usw. lassen darauf schließen, daß die hieran interessierten Kreise der Bevölkerung nicht den Weg kennen, den sie zur Befriedigung ihrer Wünsche am zweckmäßigsten einzuschlagen haben. Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß über die zum Verkauf freizugebenden Heeresausstattungsgegenstände lediglich die zu ständige Zweigstelle des Reichssozialerwerbsamtes verfügen darf. Solche Zweigstellen befinden sich innerhalb des R. A. in Braunschweig, Hannover, Sameln, Hildesheim, Osnabrück und Wilhelmshaven. Zur Zweigstelle Osnabrück (ohne die Stadt Papenburg) die zur Zweigstelle Wilhelmshaven gehört) und Kreis Oldenburg (Regierungsbezirk Hannover). In Wilhelmshaven gehören Regierungsbezirk Aurich, ehemaliges Großherzogtum Oldenburg, die Insel Helgoland, die Marineleger in Lehe, Westmünde (Reg.-Bez. Stade), Bremerhaven (Staat Bremen) und Cuxhaven (Staat Hamburg), die Flug- und Luftschiffplätze Nordholz (Reg.-Bez. Stade), Scheven (Reg.-Bez. Lüneburg), sowie das Lager Brunsbüttelkoog (Prov. Schleswig-Holstein) und das Marinearsenal Hamburg.

Die unmittelbar an diese Stelle gerichteten Gesuche führen am schnellsten zum Ziele, während die Beanpruchung aller anderen militärischen Dienststellen nur Verzögerung im Verzuge hat.

Weinsteuer.

Man schreibt uns: Die Weinbändler und insbesondere die Wirte, die den Weinhandel insgesamte haben, seien darauf aufmerksam gemacht, daß nach neuer Auslegung des Reichssozialerwerbsamtes ihnen der Bezug von verfeuertem Wein nicht gestattet ist; der Wein muß vielmehr sämtlich unverfeuert bezogen und in das Weinsteuerbuch eingetragen werden. Leider ist es immer noch nicht gelungen, den Kleinhandel von dieser lästigen Steuer zu befreien und sie dem Großhandel aufzulegen. Es empfiehlt sich, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die sämtlichen Handelskammern Deutschlands einmütig und immer wieder in diesem Sinne vorstellig werden.

Dem Großhandel könnte diese Forderung nur erwünscht sein, da ihm hieraus keinerlei Nacharbeit erwächst. Im Gegenteil würde sich der Absatz erheblich erleichtern, da diese dann nicht mehr an die steuerliche Anmeldung der Kleinbändler gebunden ist. Der Anfall an Steuern, der dadurch entfallen würde, daß der Verdienst des Kleinbändlers nicht mehr verfeuert wird, könnte ja leicht durch eine entsprechende Erhöhung der Steuer beboben werden.

Die klösterlichen Volksschulen in Bayern.

In der Sitzung des Abgeordnetentages des bayerischen Landtages vom 8. Juli kam ein Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Annahme, demzufolge auch nach Eröffnung der neuen Volksschulvorlagen die klösterlichen Schulen in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben, klösterliche Volksschulen auf Wunsch der Eltern auch weiterhin sollen errichtet werden können und den Klöstern für jede Lehrerin der Anfangsgehalt einer weltlichen ständigen Lehrerin (2100 Mk.) als Entschädigung gewährt werden soll. Die Annahme des Antrages, für den die Bayer. Volkspartei aus Bayern, Mittelpartei und Deutschdemokraten gewonnen hatte, sichert die Rechte der klösterlichen Schulen, die sich in jahrhundertlangem, segensvollem Wirken um die bayerischen Schulen die größten Verdienste erworben haben. Die kleine finanzielle Verfüugung gegenüber den bisherigen geringfügigen Verfüugungen ist den Klöstern umso mehr zu gönnen, als der Staat, der jetzt den gesamten Personalaufwand für die Schulen übernimmt, doch noch wesentlich an Alters- und Pensionslasten gegenüber weltlichen Lehrkräften spart.

Eine neue Vorlage über die Betriebsräte.

Vom Reichswirtschaftsamt ist eine neue Vorlage über die Betriebsräte ausgearbeitet worden. Sie soll in der nächsten Woche der Nationalversammlung vorgelegt werden. Ministerpräsident Bauer wird diese Frage bereits in seiner Programmrede berühren.

Die deutschen Bauernvereine zu den Steuer-vorlagen

Schrieben an den Reichsfinanzminister: „In Ausführung eines einstimmigen Beschlusses der 21 deutschen Bauernvereine (450 000 Mitglieder) unserer Vereinigung erlauben wir uns, dem Herrn Reichsfinanzminister nachfolgendes vorzutragen:“

In der neueren Reichs- und Landesversteuergesetzgebung wird bei dauernd land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken als Steuerwert mit Recht der Ertragswert zugrunde gelegt. In den jetzt vorgelegten Gesetzesentwürfen, speziell in dem Erbschaftsteuerentwurf, ist man dazu übergegangen, auch für die oben genannten Grundstücke den gemeinen Wert (Verkaufspreis) als maßgebend anzusehen. Nach dem Erbschaftsteuerentwurf soll zwar für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke eine Kürzung des Verkaufswertes um ein Viertel eintreten. Damit wird die Unrichtigkeit des Wertmaßes aber nicht beseitigt. Der Unterschied zwischen Ertragswert und Verkaufswert ist je nach Lage außerordentlich verschieden, jedoch der in Aussicht genommene Abzug im Verhältnis zum Ertragswert nicht gleichmäßig sein wird. Bei Zugrundelegung der in neuerer Zeit so außerordentlich gestiegenen Verkaufspreise, die durchweg zum Ertragswert in gar keinem Verhältnis stehen, würde daher eine ungerechtfertigte Besteuerung eintreten, die in gar keinem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen stände. Für den praktischen Landwirt kommen die Verkaufspreise überhaupt nicht in Betracht, da er seine Grundstücke dauernd in der Familie erhalten will.

Alle Anschließungsberichte und Besprechungen zur Erhaltung des Bauernstandes sind zweifellos, wenn man sie durch Besteuerungen, die nicht im Verhältnis zum Ertrage stehen, illusorisch machen. Derartige Besteuerungen in Verbindung mit anderen Maßnahmen, so mit den Betriebsräten und Obmannen in bäuerlichen Betrieben, bedeuten eine Expropriation des Bauernstandes.

Da auch unter dem Bauernstande in den besetzten Gebieten sowie den durch die Abstimung geschädigten Bezirken starke Erregung herrscht, besteht die Gefahr, daß viele Personen lieber in Zukunft einem Nachbarskriege angehören wollen, als in Deutschland durch sogenannte Steuern und andere Maßnahmen expropriert zu werden.

Den Herrn Reichsfinanzminister bitten wir, im Interesse einer gerechten Besteuerung des ländlichen Volkes und damit der Erhaltung des Bauernstandes gütigst dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft in der Steuererhebung land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken der Ertragswert maßgebend bleibt.

Auch im Interesse des Volkstums dürfte es dringend erwünscht sein, daß möglichst umgehend eine Kürzung in dieser Frage stattfindet.“

Die neue Kapitalrentensteuer.

Die vom Reichsministerium geplante neue, mit der Reichsrentensteuer verbundene Kapitalrentensteuer, die bis zu 30 Prozent betragen soll, stellt sich als eine Vorbelastung des mobilen Kapitals dar, und soll der D. Z. zufolge in der Quelle, also z. B. durch Abzug bei der Auszahlung der Kupons, Hypotheken, Zinsen usw. entrichtet werden. Die mit der Kapitalrentensteuer gebührenden Beträge würden dann ebenfalls bei der Einbringung zur Reichsrentensteuer in Abzug gebracht werden. Hat also jemand ein Einkommen von 10 000 M. aus Papieren und weiter 10 000 M. aus Arbeit und zahlte vorweg mit der Kapitalrentensteuer 8000 M., so bräucht er nur noch 17 000 M. Einkommen in der Reichsrentensteuer zu versteuern. Bei kleineren Einkommen würde aber noch eine entsprechende Rückerstattung aus der Kapitalrentensteuer erfolgen.

Maßnahmen gegen die Steuerflucht.

Nachdem die Vorlage über das Reichsnotengesetz, ohne daß sie zuvor dem Staatsanwaltschaftspostamt hätte vorgelegt werden müssen, auf andere Vorlagen, die besonders die Handelssteuern betreffen, nach auf sich warten. Das Devisengesetz und das Gesetz über die Kapitalabwanderung. Wie es heißt, sind diese Vorlagen indessen schon ausgearbeitet und werden hoffentlich nun bald gedruckt erscheinen. Ihr Inhalt ist sehr einfacher Art. Das Devisengesetz wird wohl nur lauten: „Die Devisenordnung ist aufgehoben. Das andere Gesetz ordnet in einigen Paragraphen die Ausfuhr deutscher Papiere in Wertpapieren, besonders der Banknoten, über die Reichsgrenze und dazu die Einfuhr ausländischer Wertpapiere.“

Berlin, 15. Juni. Am Verlaufe der Finanzministerkonferenz in Weimar sind Maßnahmen auf dem Gebiete des Zahlungsmittel- und Wertpapierverkehrs gegen die Steuer- und Kapitalflucht besprochen worden. Nach einer Werbung der D. A. S. soll der Gedanke der Abstempelung oder Registrierung der Wertpapiere zur Bekämpfung des Währungs- und des Kapitalverkehrs sehr bald einschneidende Maßnahmen erwartet werden können.

Beginnende Einflucht.

TU Königsbrunn, 16. Juli. Die Arbeiter der Königsbrunner Königsbrunn, denen sämtlich von der Verwaltung gekündigt worden war, haben ein Gesuch an die Verwaltung gerichtet, die Kündigung rückgängig zu machen und die Verhältnisse nicht zu ändern. Sie wollen die Selbstarbeit, von der sie nichts wissen wollen, übernehmen und auch die Entfernung der Räderfahrer durchführen.

Betriebsstilllegung in Oberhesslen.

TU Weissen, 16. Juli. Die Gräflich-Schaffgotsche Verwaltung sieht sich gezwungen, am 1. August die im Besitzener Besitz gelegene Röhrendorf-Grube wegen mangelnder Förderung und Unrentabilität der Arbeiterleistung stillzulegen.

Der Handel mit Amerika.

Rottendamm, 17. Juli. Untern gestrigen Datum leit die amerikanische Regierung mit, daß der freie Handelsverkehr mit Deutschland wieder erlaubt ist und nur in einigen Punkten beschränkt bleibt und zwar in der Einfuhr von Zucker, Getreide, Farbstoffen, Böttische, Kleibern und Chemikalien.

Sozialdemokratische Demonstrationen am 21. Juli.

WTB Weissen, 18. Juli. (Draht.) Der sozialistische Bezirksverband Groß-Berlin fordert im „Vorwärts“ die Parteigenossen auf, sich in Massen in den Versammlungen am 21. Juli nachmittags 5 Uhr zu beteiligen, in denen gegen den Gewaltsturz des Imperialismus, für die allgemeine Arbeitererbrüderung und den Ausbau unseres Wirtschaftslebens nicht im Freien, sondern in Lokalen demonstriert werden soll.

Der Anlauf der Berliner Straßenbahn durch die Stadt.

WTB Berlin, 18. Juli. (Draht.) Der Anlauf der Berliner Straßenbahn durch den Spandeband wurde gestern mit 126 000 gegen 8000 Stimmen genehmigt.

Noch keine endgültige Fassung der Vermögensabgabe.

TU Weimar, 17. Juli. Das Gesetz über die Vermögensabgabe ist in der jetzt veröffentlichten Form noch keineswegs endgültig. Es wird am kommenden Freitag erst noch vom Staatsanwaltschaft geprüft werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Vertreter der Länder das Gesetz in der ursprünglichen Form an die Nationalversammlung werden gelangen lassen.

Zum Fall Manheim.

WTB Berlin, 18. Juli. (Draht.) Zu dem Fall Manheim äußert die „Voss. Ztg.“, sie sei überzeugt, daß im Interesse des gerade jetzt mit Frankreich anzuhandelnden friedlichen Verständnisses die deutsche Regierung alles tun werde, um den bedauerlichen Vorfälle völlig aufzuklären und in jeder irgendwie mit dem Tatbestand zu verträglichen Weise Genugtuung leisten werde, aber auch nichts mehr. Das Blatt hofft aber auch, daß das vorliegende Untersuchungsergebnis eine kleine Anfrischung auf französischer Seite herbeiführen und eine Ueberbitterung vermeiden werde.

Die bevorstehende politische Debatte in Weimar.

WTB Berlin, 28. Juli. (Draht.) Für die große politische Debatte in Weimar sind vom nächsten Montag ab, wie die Blätter berichten, drei Tage in Aussicht genommen.

Oldenburg.

Sammlung oder Trennung?

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Nachdem ich den Frieden geschlossen, die Aufhebung der Blockade verfügt, wenn die Gefahr in etwa erleichtert auf, wenn sich auch in anderer Beziehung die fruchtigen Verhandlungen des Krieges erst für die nähere und spätere Zukunft zeigen werden.“

Es war deswegen von unserer bodenständigen Bevölkerung sehr zu begrüßen, daß sich in richtiger Erkenntnis der Sachlage selbstlose Männer bemühten, um das acherbaitende Volk zur Wahrung seiner gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen zusammenzuführen. In vielen öffentlichen Versammlungen hat man nach gegenwärtiger Aussprache dann die Bildung eines selbständigen S.-D. Landesverbandes beschlossen, was allmählich zu seiner endgültigen Gründung führte.

von vornherein ist betont worden, daß man nur einen Erfolg für die heimische Landwirtschaft und unsere münsterländischen Interessen verspreche, wenn Arbeitgeber und -nehmer sich die Hand zu gemeinsamer Arbeit in ein und derselben Organisation reichen würden. Hier im frischen Kreise, wo man gegenseitig die Verhältnisse kennt, werden sicherlich etwaige Gegenfälle eher gelöst und gemildert, als wenn man es durch schablonenhafte Uebertragung der den hiesigen Verhältnissen wessensfremden Ideen erreichen will. Darum muß man die veruchte Aufnahme unserer Gewerkschaft in die Gewerkschaft ablehnen, weil dadurch der erste Riß in das Solidaritätsgefüß von Bauer und Heuermann entstehen würde. Das alte patriarchalische Verhältnis, das in seinem historischen Verdegang so oft von fremden Schriftsteleren bewundert wird, würde nur zu leicht zerbrechen und auf der anderen Seite führen. Ob aber mit der Uebertragung der mehr industriellen Verhältnisse dem Emporblühen des heimischen Wirtschaftslebens gedient wäre, glaubt in Grunde wohl kein vernünftiger Mensch behaupten zu wollen. Außerdem ist es eine völlige Verkennung der wirklichen Tatsachen, wenn man unsere Gewerkschaften in der industriellen Arbeiterkraft in eine Parallele stellt, da er in der Regel weniger von baren Arbeitsverdienst als vielmehr vom Reichtums aus seinem landwirtschaftlichen Betrieb lebt. Gerade hier aber kann er von den Gewerkschaften keine große Förderung seiner Interessen erwarten, da in ihnen stets der Einfluß der industriellen Arbeiterkraft so überlegend ist, daß nur sie allein dominieren wird.

Darum, ihr kleinen Landwirte, Eigner, Gewerkschaften usw., arbeitet nicht gegen eure sonstigen Berufsangehörigen, denen es mit euch gemeinsam beschieden ist, für die Ernährung unseres Vaterlandes unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen zu sorgen; laßt euch erst recht nicht unter die Direktiven einer Berufsgruppe stellen, wo eure eigenen Interessen mit denen der Majorität nichts zu tun haben — wo ihr vielleicht nicht einmal euren eigenen Schaden die moderne „anti-agrarische“ Bewegung fördern würde.

Aus dem oldenburg. Münsterlande

Bestia, 19. Juli.

Das gefristete Konzert der Kapelle der Reichswehr-Abteilung „Abeiland“ unter persönlicher Leitung des Kgl. Musikdirektors E. Lattemann wird trotz der an sich etwas ungenügenden Zeit trotz zahlreicher Besuch auf, ein Beweiss, mit welcher Spannung man dem musikalischen Genuß entgegenfah. Das Programm wies nur klassische Sachen von R. Wagner, Fr. Schubert, Ch. Gounod, Tschaikowskij, Grieg, Fr. Lochner u. a. auf. Es fehlten gestern die Streichinstrumente, aber die hervorragende Besetzung der Holzinstrumente ließ diesen Mangel kaum empfinden. Die Stimmungsmalerei z. B. in Griegs „Erste Peer-Oynt-Suite“ kam in dieser Besetzung sehr gut zur Ausdrück. Wie sehr der Dirigent mit seinem Ensemble seinen Aufgaben die rechte Auffassung einzuflößen versteht, konnte jeder besonders in Ch. Gounods Valsemusik aus der Oper „Faust“ und „Margarethe“ recht augensällig erkennen. Es war eine Freude, zu beobachten, mit welcher Genauigkeit die Kapelle den kleinsten Wink des Dirigenten zum Ausdruck brachte. Neben den Werken von Wagner, Schubert usw. gelang auch besonders die große Fantasie aus der Symphonie „Das Wunder“ von E. Humperdinck. Die vielfach bekannten Melodien machten um so mehr Eindruck, als sie in sehr gefälliger Weise zu einem ganzen Gewebe verflochten waren.

„Dinstage, 18. Juli. Gestern abend fand hier eine Versammlung der Genossen des hies. S. p. a. r. und B. a. u. e. r. e. i. n. s. im Gesellenhause statt. Der Vorstand teilte mit, daß vom Direktorium dem Verein die Uebernahme der Kosten für 10 zu erbauende Wohnungen bewilligt seien; weiter wurden der Verammlung die Baupläne und Zeichnungen vorgelegt und einstimmig beschlossen, sobald Baumaterial beschafft werden kann, mit dem Bau der Wohnungen zu beginnen. Die Gemeinde Dinstage hat ebenfalls einen Teil der Uebernahmekosten übernommen, ebenfalls die Firma B. Hohlhaus. Mit den Bauhandwerkern der Gemeinde ist vom Bauverein Fühlung genommen, und sind die Handwerksmeister bereit, die Bauarbeiten zu übernehmen. Die Wohnungen sind als Einfamilienhäuser gedacht, dazu je ein 15—20 q großer Garten. Solche gesunde, bequeme und schön gelegene Wohnungen mit Kleingartenkultur sind für Arbeiter und kleine Beamte etc. die Grundlage der Behaglichkeit und des Wohllebens, indem sie nach schwerer Tagesarbeit ein trutes Heim, einen angenehmen Familienzusammenhang finden. Die eigene Heimstätte erzieht die Bewohner zu Fleiß, gutem Haushalten, Selbstständigkeit und Freiheit und wird viel zur Lösung der sozialen Frage beitragen können.“

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 19. Juli.

(—) Fundstücken sollen am nächsten Mittwoch, nachm. 3 Uhr, auf dem Rathaus, Zimmer 6 gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.

(—) Frühes Kindstreich löst bis auf weiteres 3 M. Lebenswurst, 2,50 M. und Rotwurst 1,50 M. das Pfund.

(—) Herr Leopold Hopff, seit Kriegsbeginn unter Spandikus Hartung Leiter der städtischen Lebensmittelversorgung, hat infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem zuständigen Stadtrais-ausschuß sein Amt niedergelegt. Es sind aber Verhandlungen eingeleitet, um sein Bleiben zu ermöglichen.

Verhandlungen eingeleitet, um sein Bleiben zu ermöglichen.

Zu den loslösungsbeitreibungen in Birkenfeld.

rd. Oldenburg, 18. Juli. (Draht.)

Ueber die Vorgänge in Birkenfeld erhalten wir aus dem Ministerium folgenden Bericht: Am 15. Juli morgens erhielt die Staatsregierung folgendes am 14. Juli nachmittags 2,45 Uhr in Birkenfeld aufgegebenes Telegramm:

„Die Provinz Birkenfeld hat sich mit dem heutigen Tage 11.50 Uhr vom Freistaat Oldenburg mit überwiegender Volksmehrheit losgelöst. Wir betrachten uns von jetzt ab als Republik Birkenfeld, unter eigener Verwaltung im Verbände des Deutschen Reiches.“

Schriftliche Mitteilung durch Silbofen.

Die vorläufige Regierung der Republik Birkenfeld:

Salles, Schiefer, Fink, Hager, Bauer, Böring, Müller, Roth, Fickert.

Von den Unterzeichnenden des Telegramms ist der Staatsregierung niemand bekannt. Der Regierung in Birkenfeld ist darauf telegraphisch der wörtliche Text des Telegramms mit folgender Aufweisung zugegangen:

„Das Staatsministerium weist die Regierung in Birkenfeld an, die Regierung der Republik Birkenfeld in keinem Punkte anzuerkennen. Es gilt die unbedingte Staatszugehörigkeit zum Freistaat Oldenburg und zum Reich. Kein Beamter hat sich in den Dienst der Regierung der Republik Birkenfeld zu stellen.“

Staatsministerium.

Ministerpräsident Tanzen.

Der Reichsregierung ist durch den Staatsanwaltschaftsbeamten, Staatsminister a. D. Scheer, telegraphisch Mitteilung gemacht worden, was Reichsministerium des Innern hat darauf scharfsten Protest an zuständiger Stelle erhoben.

Am 17. Juli ist angehend von der vorläufigen Regierung der Republik Birkenfeld der Landesausführer Birkenfeld berufen, um über die Loslösung von Oldenburg und den Anschluß an das Saargebiet zu beraten. Eine Einwirkung auf den Landesausführer war von hieraus nicht möglich, da erst am 17. Juli morgens der Staatsregierung über diese Sitzung eine Mitteilung zugeing. Es ist der Staatsregierung noch nicht sicher bekannt, welches die Führer und Drahtzieher der Loslösungsbestrebungen sind. Es kann angenommen werden, daß die Regierung in Birkenfeld in keiner Weise beteiligt ist. Auch nicht, nachdem nach Ausweisung des ersten Beamten der Regierung, Herr Oberregierungsrat Pralle, durch den französischen Militärbefehlshaber Bastion der Abg. Hartung mit der Ausübung der Tätigkeit des Regierungspräsidenten von dem französischen Befehlshaber mit Zustimmung der oldenburgischen Regierung beauftragt ist.

Der Landespräsident Dr. Dorien hat im Fürstentum Birkenfeld in den letzten Wochen lebhaft agitiert. Dabei wurde er unterstützt von den französischen Militärverwaltung, fand auch einige Anhänger in der Bevölkerung auf dem Lande und bei einigen Führern des katholischen Teiles der Bevölkerung unter dem Vorwande, alles mögliche für das Fürstentum zu tun wollen, wenn es sich der Rheinischen Republik oder dem Saargebiet anschließe.

Die Staatsregierung wird den Treibereien im Fürstentum Birkenfeld mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln energisch Widerstand entgegenzusetzen. Die Bevölkerung des Fürstentums Birkenfeld hat nicht selbst allein über Trennung vom Freistaat Oldenburg und Anschluß an ein anderes Land zu entscheiden. Nur im Wege der Verfassung kann die Trennung des Fürstentums vom Freistaat Oldenburg vorbereitet werden. Jede Veränderung im Bestande des Staatsgebietes bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums und des Landtages. Das Staatsgebiet des Freistaates Oldenburg besteht nach § 1 der Verfassung aus dem Landesfesten Oldenburg, Livock und Birkenfeld. Wer sich auf andere Weise als auf verfassungsmäßigen Wege an Bestrebungen auf Loslösung von Teilen des Freistaats beteiligt, unterliegt einer Verfassungsstrafe.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hag-Rüstingen ist als Abgeordneter Birkenfelds telegraphisch nach Weimar berufen worden.

Letzte Nachrichten

Aufhebung des Belagerungszustandes in Stettin.

TU Stettin, 18. Juli. (Draht.) In der Konferenz des Oberpräsidenten mit den Regierungsvertretern wurde beschlossen, den Belagerungszustand unter der Bedingung aufzuheben, daß der Generalstreik beendet werde. Die Vertreter der Arbeiter haben das zugefagt. Der Verkehr in Stettin ruht noch völlig.

Die politische Debatte in Weimar.

TU Weimar, 18. Juli. (Draht.) Die große politische Debatte beginnt am Montag und zwar mit der Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer und des Außenministers Müller; sie wird 3 Tage dauern.

Das Reichskabinett und die Drohnote Fochs.

TU Berlin, 18. Juli. (Draht.) Die Affäre des erkrankten französischen Serranens Manheim beschäftigt heute das Kabinett in Weimar. Die Antwortnote soll spätestens morgen der französischen Regierung übermittel werden. Der Inhalt

wird die Forderungen nicht glattweg ablehnen, aber zu Verhandlungen sich bereit erklären.

Der B. Z. zufolge wird die Antwort auf Fochs Drohnote der Entschädigung für die Familie des Serranens zustimmen, aber gegen die Kontribution Einspruch erheben und sie ablehnen, da eine Schuld Fochs der Stadt Berlin nicht vorliegt.

Die Volksabstimmung in Oberhesslen.

TU Breslau, 18. Juli. (Draht.) Nach der Breslauer Zeitung wird die Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Oberhesslens im Februar 1920 stattfinden.

Streitproklamation in England.

TU Genf, 18. Juli. (Draht.) Nachrichten aus London zufolge haben in verschiedenen englischen Städten die Arbeiter zum 21. Juli den Streit proklamiert.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern.

WTB Stettin, 18. Juli. (Draht.) Die Verhandlungen im Oberpräsidium Stettin am 17. Juli haben Uebereinstimmung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Bevölkerung darüber ergeben, daß gegenwärtig kein Grund für Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern besteht. Er ist sofort aufgehoben worden. Der Bürgerkrieg wurde als beendet erklärt. In Zukunft soll der Belagerungszustand nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden und nur in Einvernehmen mit der Arbeitererschaft verhängt werden. Die Vertreter der Arbeitererschaft haben sich für sofortige Aufhebung des Generalstreiks ausgesprochen. Sie verurteilen jeden Tarifstreik, besonders während der Erntezeit.

Das englische Unterhaus und die deutsch-russischen Beziehungen.

WTB London, 18. Juli. (Draht.) In Beantwortung einer Anfrage teilte Harcourt mit, er glaube, daß die deutsche Regierung sich bemühe, diplomatische Beziehungen mit der russischen Sozialregierung anzubahnen, und daß eine industrielle und kommerzielle Kommission Sotwjetzkaud beauftragt habe, über im Begriff stete, es zu tun.

England und die deutschen Schiffe in Südamerika.

WTB London, 18. Juli. (Draht.) Unterhaus. In Vertretung des Schiffahrtskontrollors gab Wilson in Beantwortung einer Anfrage über Indienstellung der deutschen Schiffe in südamerikanischen Häfen bekannt, daß die englische Regierung bestrebt sei, die Schiffe zur Fahrt zu bringen, es könnte aber noch viele Monate dauern, bis sie zur Benutzung gebracht sein würden.

Aus dem amerikanischen Senat.

WTB Washington, 18. Juli. (Draht.) Renker. Der Senat hat den Vorschlag auf fünfjährige Verlängerung des Schiedsgerichtsabkommens mit Holland, Italien und Spanien scharf abgelehnt.

Der Siebenstundentag im englischen Bergbau.

WTB London, 18. Juli. (Draht.) Die Vergabuvorlage, die den von der Regierung verpropagierten Siebenstundentag enthält, ist in zweiter Lesung angenommen.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bestia Druck und Verlag; Bestia Drucker und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Bestia.

Umsatzvorstand. Bestia, den 15. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 werden für den Umkreis Bestia bis auf weiteres folgende Höchstpreise für Feisch festgesetzt:

für Rindfleisch	3,00 M.	für das Pfund.
„ Kalbfleisch	1,60	„
„ Schweinefleisch	1,40	„
„ Schafffleisch	2,00	„
„ Leberwurst	2,20	„

Uebereitungen der Höchstpreise werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

Küdens. Umsatzvorstand. Bestia, den 16. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Die Meßheraufstellungen werden hierdurch aufgefördert, die Abschnitte 1 und 2 der Einfuhrzulassungen sofort hierher einzufahren.

Küdens. Umsatzvorstand. Bestia, den 16. Juli 1919.

Bekanntmachung.

Die Meßheraufstellungen werden hierdurch aufgefördert, die Abschnitte 1 und 2 der Einfuhrzulassungen sofort hierher einzufahren.

Kalkstickstoff

ab Wagon Falkenrodt und ab Lager empfehllich
Bestia. Sof. Warning.
Erfolge in einigen Tagen auf Falkenrodt mehrere Ladungen

Rainit

und gebe diese am liebsten waggonweise u. auch in kleinen Mengen ganz billig ab.
Bestia. Sof. Warning.

Rauhe Bretter

zu Balkenbelägen u. Fußböden, Schuppen u. Viehbekleidungen empfehllich besonders billig.
Bestia. Sof. Warning.

Lupinen und Viehsalz
wieder vorrätig.
J. Hasstamp, Steinfeld.
Habe ein
Mutter-Schaf
und ein Lamm, o.ä. Kasse, zu verkaufen.
Col. Finnen.
Handorf b. Haldorf.

Summi-Sauger
1.50 bis 3 Mark und
Seifenstein
Pfund 4 Mark.
Für Wiederverkäufer billiger.
Apotheker Sad., Bramsche.

Brennholz, Bohle, Nutzholz
kauft. Aufkäufer gesucht
Wihl, Bock, Wanne.
Kaufe jeden Posten ausgetümmter

Frauenhaare
Dr. Schöne, Vechta.

Sofort
jeden Posten unbesetzt
lieferbar zum Wiederverkaufpreis, freibl., Original
Suntlight Seife kg 20,00,
Marzeiller Kernseife kg
17,50, Englische Kern
seife kg 15,50, Prima
ausländische Chokolade
(Ghater etc) Pfd. 12,00,
Engl. Zigaretten, 100
Stück, Wille 285,00, Ver
fendet geg. Vorkaufsendung.
Hofsch.-R.-Störn, 39644 o.
Alfred, Bremer Markt 2.
Hilden, Westf. & Co.,
Hilden (Bild).

Einen 4-jährigen
Wallach,
gut u. fromm im Gespinn,
zu verkaufen.
Hühnerding,
Siehensfelde u. Cappeln.

Habe 70 große
Gänsetüfen
(geeignet als Stoppelgänse) zu verkaufen.
Siemer in Hagen bei Vechta.

Enklaufen
seit Sonntag ein 1jähr.
Kind

aus der Weide. Wiederbringer erhält Belohn.
H. Gerdes, Amberg.

Gesucht möbliertes
Zimmer
mit voller Verköstigung.
Angebote u. Nr. 3, 33
an d. Geschäftsl. d. Bl.

Beim Kaufe eine
Leine gefunden.
Louis Menke,
Vechta-Gsch.

Das St. Wilhelms-Hospital in Wilhelmshaven sucht eine passende Person für die Nähschule. Dauernde Stellung. Eintritt möglichst bald. Stellung ist sehr geeignet für ältere Damen, sowie für Wittwen ohne Kinder.
Durch [413]

Vandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.

Junges Mädchen, in Küche und Haushalt erfahren, sucht zum Herbst Stelle als [414]

Stübe.
Vandesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Vechta.
Gebe reife oder unreife Stachelbeeren gegen Zucker ab.
Dittlage, J. Schumacher.

Auflösung!

Gemeinde Einlage. Für die Verteilung der auf Karten zu verabsolutenden Lebensmittel ist von der Gemeindeverwaltung eine Kommission eingesezt, die sich aus den unterzeichneten Herren zusammen sezt. Die Verteilung geschieht nach einem vorstichig aufgestellten Verteilungsplan und tragen für die Verteilung die Unterzeichneten die volle Verantwortung.

Heinrich Blömer. Konstanz Driver
Hans Niggemann.

Oldenburg. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Assistentin, insbesondere an der Universitäts-Frauenklinik zu Marburg und an der Akademischen Kinderklinik (Professor Schlobmann) zu Düsseldorf, habe ich mich hier als
Aerztin
niedergelassen.
Dr. med. Charlotte Lehn
Moltkestrasse 11. Fernruf 1290.
Sprechst. 9-11 vorm., 3-5 nachm.

Lichtbild-Theater Lohne.

Am Sonntag, 20. Juli, abends 8 Uhr.
Programm:

Der König ihres Herzens.

In der Hauptrolle: Ludwig Krautmann, Elsa Berna Senta Horst. — Prolog zum Film „König ihres Herzens“ von Hedwig Gräpe.
Vor Euren Augen wird sich jetzt entrollen Ein hohes Liebeslied, ein einlam Fürstenlos. Du auf die Seele weit, nehmt auf der Schönheit Sprache
Erlebt des Dichters Schöpfung still und groß — Wir alle die wir hier auf Erden wandeln, Erleben wohl der Seele Freud und Schmerz Drum geistverwandt wird uns erscheinen, Das Liebeslied aus eines Fürstenberg.
Die Stunden die Ihr weilt an dieser Stätte, Beschenkt sie reich mit des Verheißens Günst, Dann wird ein Dank an euer Guch werden, Der Menschheit höchstes — — Keine Kunst.

Der Kleinstadtschreck.

Lustspiel in 2 Akten von Rudolf del Zopp.
Raum. Plätze d. Herrn Hasstamp im Vordergrund.

Schäfer's Lichtspiele.

Sonntag, den 20. Juli, Anfang 8 1/2 Uhr.
Programm:

Das Buch der Tränen.

Vollst. Schauspiel in 1 Vorspiel und 5 Akten. In der Hauptrolle Guido Houlberg. Eine Meisterwerk Schöpfung von rührender Einfachheit.

Punkt und Pünktchen.

Lustspiel in 1 Akt.
Papas Seitensprung.
Schwank in 3 Akten.

Dinlager Lichtspiele.

Sonntag dem 20. Juli, 8 1/2 Uhr abends.
Das Schicksal der Kenah Jongt.
Drama in 4 Akten.

Frau Gräfin.
Lustspiel in 2 Akten.
Harry wird Millionär.

Feisch gebrannter Kaffee, Pfd. Mk. 20,
Rohkaffee, Pfd. Mk. 16, Reis, Pfd. Mk.
3.65, Schnittkäse, Pfd. Mk. 3.50, Pfämen,
Kohlensäure, Zitronen, Apfelsinen.
Verfand unter Nachnahme.
Damme. C. H. Wähler.

Achtung! Achtung!
Am Sonntag d. 20. u. Montag d. 21. d. M.,
lustige Karussellfahrt
in Steinfeld.
Es ladet freundlichst ein.
Lohne. Martin Meyer.

Theresia Bornhorn
Heinrich Schmidt
Verlobte.
Bredorf bei Lohne. Vulschop bei Lohne.

Statt Karten.
Paula Klatt
Eduard Bagge
Verlobte.
Hilde b. Damme. Dors b. Damme.
Im Juli 1919.
Gratulationsbesuche werden nicht gewünscht.

Für die erwiesene Aufmerksamkeit zu unserer Vermählung sagen wir hiermit
unsern herzlichsten Dank.
Heinrich Kröger u. Frau
Minna geb. Spradau.
Goldschtedt, den 17. Juli 1919.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen, hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen 3 1/2 Uhr, meine liebe hertzensgute Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Heinrich Stuke
Selene geb. Awid
zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen. Sie starb nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, im kaum vollendeten 38. Lebensjahre, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten.
Wir bitten der lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken.
Die trauernden Angehörigen.
Friesoythe, Scharrel, Deimendorst, Nordstrand und Groppenburg, den 17. Juli 1919.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Juli 1919, vormittags 9 Uhr in Friesoythe statt.

Prima raffiniert.
Petroleum
ohne Marken.
C. H. Mahler, Damme.
Habe Biberen, rote und schwarze Tobaknsbeeren zu kaufen gegen Zucker. Nachfragen in der Geschäftsl. d. Bl.

Lustige Karussellfahrt.
Am Sonntag, dem 20. Juli auf dem Sommerseite bei Tödden in Daren.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Besizer.
Statt Karten.
Die Verlobung unserer Tochter Johanna mit Herrn Josef Kalthoff zu Visbek, zeigen hiermit ergebenst an
Bernard Decke u. Frau
Antonie geb. Meistermann.
Erkte b. Visbek im Juli 1919.
Meine Verlobung mit Fräulein Johanna Decke zeige ich hiermit ergebenst an.
Josef Kalthoff.
Visbek im Juli 1919.
Von Gratulationsbesuchen wolle man gütigst Abstand nehmen.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen 5 Uhr unsern lieben Bruder, Onkel und Schwager,
den Privatier
Eduard Meistermann
nach kurzer, heftiger Krankheit wohl vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente zu sich in den Himmel zu nehmen.
Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten
Die trauernden Angehörigen.
Batum, den 17. Juli 1919.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 21. Juli, morgens 10 Uhr in Batum statt.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.
Der liebe Gott nahm heute abend 10 Uhr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwöster und Tante,
Ww. Zellerin
Frz. Jaspers,
Caroline geb. Rösener
zu sich in die Ewigkeit.
Sie starb nach langem, schweren Leiden, ganz ergeben in Gottes hl. Willen, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im 67. Lebensjahre.
Ihre Seele wird dem Gebete der Gläubigen empfohlen.
Die trauernden Angehörigen.
Hausstette, den 16. Juli 1919.
Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 21. Juli, morgens 9 1/2 Uhr in Vehrtrap.
Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande

Wesha, 19. Juli.

Eine Beschlusse von 200-300 Mh. kann katholischen Mädchen aus dem ehemaligen Herzogtum, die ein Lehrinnenexamen bestanden, für die letzten drei Seminare besichtigt werden.

Nach der französischen Besatzungszone sind neuerdings Pakete bis 25 Kilogramm mit Lebensmitteln, Sämereien, Maschinenteilen, Rohmaterialien, lebenden Tieren, Futtermitteln, Produkten und Häuten von Tieren, Alken, Wädern an Buchhändler und Zeitungen zugelassen.

Bessere Versorgung mit Fischen. Nachdem den Alliierten und Zentralen der Handel mit Deutschland wieder gestattet und gleichfalls die beschränkenden Bestimmungen für die Fischerei rückgängig gemacht sind, ist nunmehr wohl bald eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Fischen in Aussicht zu nehmen.

Ein Tabak-Schwindler hat im benachbarten Hannoverischen mehrfach Opfer gefunden. Er kam zu den Leuten, tat ganz vertraut und bot echten Tabak, das Pfund zu 17 M an; zugleich gab er gratis eine Probe ab, die gleich verschluckt wurde und gefiel. Dann wurde gekauft.

Einführung eines Landarbeiterausschusses bei der Landwirtschaftskammer. Es besteht die Absicht, künftig bei der demnächst erfolgenden Neugestaltung der Landwirtschaftskammer in ihr den Landarbeitern eine entsprechende Vertretung zu schaffen.

Die Schreibstube des Aufwandskommandos Feld-Ärtl.-Regis. 83, die sich hier noch befinden, werden, wie verlautet, in der nächsten Woche von hier nach Elmde verlegt werden. Dadurch werden mehrere hiefige Angestellte beschäftigungslos.

Die Lage unserer hiesigen in duftigen Betriebe ist nach wie vor eine wenig günstige, da sie zum großen Teil auf ausländische Rohstoffe, Tabak, Kork, Bürsten usw. angewiesen sind.

Der Strafprozess gegen die Kommunisten nahm heute vormittag um 11 Uhr vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Sagemann aus Aurich seinen Anfang.

Lehrer W e m p e führte über Zwecke und Aufgaben des kathol. Frauenbundes etwa folgendes aus: In einer Zeit, wo alle Stände, Berufe, Volksschichten sich sammeln, wo nur die Masse Macht verleiht, wo Fürstenthrone, die wie Fels im Meer gegründet stünden, von der Sturmflut der Revolution einer Sandbank gleich in einem Tage fortgeschwemmt würden, da müssen auch die Frauen sich sammeln, um das Vaterland vor dem Einbruch brandender Wogen zu schützen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 19. Juli.

Oldenburg. Sängerbund. Der Sängerbund für das frühere Herzogtum Oldenburg hielt hier eine Vorstandssitzung ab, in der wichtige Bundesangelegenheiten behandelt wurden.

Das bisherige alte Wetter läßt die Erträge der Frühkartoffeln allgemein erheblich hinter denjenigen des Vorjahres zurückbleiben.

Festsetzungsgenossenschaft. Uns wird geschrieben: Der Landesverband oldenburgischer Kaninchenzüchter beschließt für das Oldenburgische Land und die Stadt Wilhelmshaven eine Festsetzungsgenossenschaft e. G. m. b. H. ins Leben zu rufen.

Hochverratsprozess in Wilhelmshaven (Fortsetzung.) § Wilhelmshaven, 16. Juli. Der Strafprozess gegen die Kommunisten nahm heute vormittag um 11 Uhr vor dem Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Sagemann aus Aurich seinen Anfang.

Lehrer Karl Wilhelm August Jörn, geb. 1893 in Hannover, 2. den Parteisekretär Ernst Wilhelm Schneider, geb. 1883 in Königsberg, 3. den Landbesitzeremann Will Wock, geb. 1887 in Soltau, und 4. den Geometer Friedrich Ernst Weiland, geb. 1885 in Barfel i. Oldb.

Die Verhandlung beschäftigt sich lange Zeit mit der Frage, ob das „Revolutionäre Komitee“ eine selbständige Körperschaft gewesen sei, oder wirklich bestanden habe.

Die Angeklagten betreffen ferner die ihnen zur Last gelegten Drohungen und Gewaltanwendungen. Der Angeklagte Jörn gibt zu, aus der Reichsbank zum ersten Male 50 000 Mk. und das andere Mal 7 Millionen (nicht nur 700 000 Mk., wie irrtümlich berichtet) geholt zu haben.

Nach und Fern.

Hannover, 17. Juli. Verbercherum. Vom 6. bis 12. Juli wurden 178 Personen wegen Raubes, Einbruch, Urkundenfälschung, Diebstahls, Taschendiebstahls, Schererei, Scheinhandels, Betrugs, Schamverletzung, Landfriedensbruchs, Gefangenbefreiung, Widerstandes, Unterdrückung und Zerschmetterten festgenommen.

Vermischtes.

Große Baumwollvorräte. Wie aus Newport gemeldet wird, bereitet der amerikanische Baumwollmarkt eine starke Ausfuhr vor. Die sichtbaren amerikanischen Baumwollvorräte betragen am 27. Juni d. Js. 3,459 000 Ballen gegen 2,366 000 Ballen im Vorjahr.

Kirchliches.

Kriegsgedächtniskirche St. Ludwig in Nürnberg. Bei dem Arbeitskomitee zur Erbauung der Kriegsgedächtniskirche laufen nicht selten Anfragen ein, ob der dem Gedächtnis unserer gefallenen Helden geweihte Kirchenbau unter den veränderten Verhältnissen noch ausgeführt werde.

Kurzer Wochenbericht

d. Preisberichtstelle d. Deutsch. Landwirtschaftsamt vom 8. bis 14. Juli 1919.

Der Weltmarkt für Brot- und Futtergetreide. Die Aufhebung der Blockade bringt die Frage der Einfuhr von Getreide in Aufruf. Wie die bereits erfolgten Anschaffungen von Weizen und Mehl seitens der Regierung zeigen, sind solche nur zu sehr hohen, die inländischen Preise um das Mehrfache übersteigenden Kosten zu ermöglichen, jedoch es sich bei solchem Import von Brotgetreide nur um eine vorübergehende Anleihe handeln kann, und alles darauf eingestellt werden muß, das notwendige Getreide möglichst im Inlande zu erzeugen.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

Im Nr. 153 der „D. W.“ befragt sich ein Einwohner in einer Anfrage an den Gemeindevorstand in Langforden darüber, daß durch eine Stauanlage auf dem früheren Gute Batum mehr wie 1000 Hektar fruchtbarer, seltener Bestboden dauernd unter Wasser gesetzt werden.

Wesrup, 15. Juli.

In der „Oldenburg. Volksz.“ lese ich unter Batum, daß sich die Handwerker der Gemeinde Batum, Wesrup und Umgegend zusammengeschlossen haben und den Stundenlohn von 1 Mk. auf 1,50 Mk. erhöht haben.

Einigen, 16. Juli.

An der Nr. von gestern wird angefragt, wie es kommt, daß das amerikanische Mehl in Oldenburg 84 Sch., und in Wesha 95 Sch. kostet.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. H. Hofe, Wesha, Druck und Verlag: Westphal-Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wesha.

